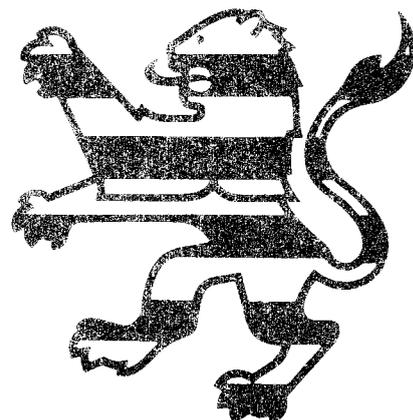


SPD

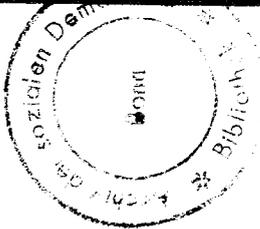


**Hessen
bleibt
sozial
und frei.**

Regierungsprogramm 1978-1982



DEUTSCHE MINISTERPRÄSIDENT



C79 38

Die Sozialdemokraten in Hessen haben
wertvolle Traditionen und notwendigen
freiheitlichen und sozialen Fortschritt
miteinander verknüpft.

Hessen ist unter den deutschen Ländern
ein Vorbild in seiner Liberalität,
in der Aufgeschlossenheit gegenüber
neuen Problemen, in der Förderung des
Gemeinwohls und in der Entwicklung
sozialer Gerechtigkeit.

Dies muß auch nach dem
8. Oktober 1978 so bleiben.

Hessen bleibt sozial und frei!



Regierungsprogramm 1978-1982

	Seite
Vorwort _____	3
1. Politik für den Frieden _____	5
2. Innerer Frieden durch Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit _____	6
3. Wirtschaftliche Sicherheit und sozialer Wohlstand _____	8
3.1 Wir sichern Arbeitsplätze _____	8
3.2 Mehr Gleichberechtigung für Frauen _____	9
3.3 Für ein qualitatives Wirtschaftswachstum _____	9
3.4 Für leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen _____	10
3.5 Für bessere Lebensverhältnisse auf dem Land _____	10
4. Mehr Lebensqualität – Aufgabe für uns alle _____	11
4.1 Bessere Perspektiven für die Jugend _____	12
4.2 Chancengleichheit durch Bildungsreform _____	12
4.3 Für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft _____	14
4.4 Sorge für unsere älteren Mitbürger _____	15
4.5 Chancen für behinderte Mitbürger _____	15
4.6 Hilfe und Pflege frei von wirtschaftlichen Sorgen _____	15
4.7 Freizeit und Sport _____	16
4.8 Für einen schonenden Umgang mit der Natur _____	16
5. Mit Holger Börner bleibt Hessen sozial und frei _____	17

Dieses Regierungsprogramm 1978–1982 wurde von den Delegierten des SPD-Landesparteitags am 11. März 1978 in Wiesbaden einstimmig beschlossen.

Vorwort

Die Sozialdemokraten in Hessen haben wertvolle Traditionen und notwendigen freiheitlichen und sozialen Fortschritt miteinander verknüpft. Hessen ist unter den deutschen Ländern ein Vorbild in seiner Liberalität, in der Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Problemen, in der Förderung des Gemeinwohls und der Entwicklung sozialer Gerechtigkeit.

Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, diesem Land an verantwortlicher Stelle zu dienen. Unter aktiver Mithilfe der Bürger haben wir diesem Land zum Bewußtsein seiner Einheit verholfen und es aufgebaut, Flüchtlingen und Vertriebenen eine neue Heimat geschaffen, soziale Gegensätze abgebaut. Georg-August Zinn, der zwei Jahrzehnte als sozialdemokratischer Ministerpräsident die Geschicke unseres Landes leitete, konnte für alle Sozialdemokraten sagen: „Deshalb hat das Bekenntnis der führenden Regierungspartei zu einem freiheitlichen Sozialismus, zu einem Sozialismus der produktiven Arbeit, seine eigene Bedeutung. Mit diesem Bekenntnis verbindet sich nicht ein allgemeingültiges politisches oder ökonomisches Rezept. Es entspringt vielmehr einer Haltung, die das menschliche Dasein nur dann für lebenswert hält, wenn Individualität und Gemeinschaftes als ineinandergreifende Elemente erfüllen und bestimmen.“ So kommt es nicht von ungefähr, daß in dieser Landschaft zwischen Rhein, Main und Weser ein freiheitliches und freundliches Klima herrscht, daß ein gesundes Grundgefühl der Skepsis gegenüber ideologischem Krampf, autoritärem Gehabe und hohlen politischen Dogmen besteht. Wir Sozialdemokraten arbeiten dafür, daß dies allen Gefährdungen zum Trotz erhalten bleibt.

Hessen ist ohne die Sozialdemokratie ebenso undenkbar wie die Sozialdemokratie ohne Hessen. Als führende Regierungspartei haben wir in einer breiten Übereinstimmung aller politischen Parteien die Verfassung geprägt. In der Zeit des Wiederaufbaus haben wir mit den Christdemokraten gemeinsam die Regierung gebildet, als die hessische CDU noch aufgeschlossen und dem sozialen Gedanken verpflichtet war.

Seit 1970 arbeiten wir in einer Koalition mit der F.D.P. Dieses Bündnis bildet einen Damm gegen den Versuch, das freiheitliche Hessen in einen konservativen CDU-Staat zu verwandeln. Unser Bündnis stützt die Friedenspolitik der sozial-liberalen Koalition in Bonn. Hessen braucht inneren Frieden, so wie er zum Wohle aller über zwei Jahrzehnte herrschte.

Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren Fehler gemacht und Krisen durchlebt. Wir haben den Freimut, dies ehrlich zu bekennen. Aber wir haben die Fähigkeit bewiesen, daraus zu lernen und uns neuen Herausforderungen zu stellen.

Auch in den nächsten vier Jahren packen wir Probleme an. Wir werden nichts versprechen, was durch unsere Politik nicht geleistet werden kann. Hier unterscheiden wir uns deutlich von der Opposition. Einen Katalog von Versprechungen an die Bürger und Wähler kann nur eine Partei vorlegen, die keine Verantwortung trägt und weiß, daß sie nicht an ihren Leistungen gemessen wird.

Im Gegensatz zu diesen unerfüllbaren Forderungen ist die Arbeit der sozial-liberalen Koalition nachprüfbar und kontrollierbar. Die Bürger in unserem Land erwarten zu Recht von der SPD, daß wir die Dinge beim Namen nennen, mit den Bürgern zusammenarbeiten und alles tun, um die anstehenden Probleme gemeinsam zu lösen.



1. Politik für den Frieden

Die hessische Landtagswahl hat bundespolitische Bedeutung. Seit die CDU/CSU im Jahre 1969 im Bundestag vom Wähler auf die Oppositionsbänke verwiesen wurde, benutzt sie den Bundesrat, um die sozial-liberale Friedens- und Reformpolitik zu blockieren.

Eine von der jetzigen Opposition geführte Landesregierung würde im Bundesrat weniger die Interessen des Landes Hessen vertreten, dafür aber um so mehr eine bedingungslose Verweigerungs- und Verhinderungspolitik gegenüber der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundestages treiben. Hessen darf nicht im Streit um die Kanzlerkandidatur der CDU/CSU mißbraucht werden. Die hessischen Wähler wissen, was bei der Landtagswahl auf dem Spiel steht: Innenpolitisch will der herrschende konservative Flügel der Unionsparteien die Bundesrepublik zu starrer Unbeweglichkeit verdammen, außenpolitisch soll die Politik der Entspannung und internationalen Versöhnung durch eine gefährliche Machtpolitik ersetzt werden.

Die hessischen Wähler werden es nicht zulassen, daß der sozial-liberalen Koalition, der sie bei der letzten Bundestagswahl mit einer deutlichen Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen haben, weitere Hindernisse in den Weg gelegt werden. Mit der sozial-liberalen Koalition steht und fällt die Frage, ob die Politik des friedlichen Ausgleichs und der guten Nachbarschaft fortgesetzt werden kann. Helmut Schmidt und Willy Brandt sind die Garanten dieser Politik, auf die die Hoffnungen unserer Nachbarn gerichtet sind.

Die sozial-liberale Politik der internationalen Verständigung hat seit 1969 erreicht, daß Mitteleuropa nicht mehr der gefährlichste Spannungsherd in der Welt ist, sondern international gesichert dasteht. Berlin ist durch verbindliche Verträge geschützt, die Zufahrtswege sind nicht mehr behindert. Millionen Deutsche aus beiden Teilen Deutschlands sind wieder durch menschliche Kontakte verbunden und können einander besuchen und miteinander telefonieren. Intensive Wirtschaftsbeziehungen konnten geknüpft werden, die in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze sichern halfen.

Hessens Wähler stimmen darüber ab, ob

- die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition weitergeführt werden kann;
- der gemeinsame Abbau internationaler Konflikte in der Welt vorangetrieben werden kann, um den Frieden sicherer zu machen;
- das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland weiter gefestigt werden kann.

Hessen darf nicht zum Spielball blinder Machtinteressen der Opposition werden!

Hessen soll in Bonn weiter hessische Interessen vertreten!

Hessen will eine Fortsetzung der Politik des friedlichen Ausgleichs!

Mit Holger Börner arbeiten wir zielbewußt, energisch und konsequent weiter für ein soziales und freies Hessen.

2. Innerer Frieden durch Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit

Die Ausrichtung an den guten hessischen Traditionen ist besonders wichtig in einer Zeit der Herausforderung unserer Demokratie durch terroristische Aktionen. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen alle Behauptungen, Terrorismus sei das Ergebnis von Liberalisierung und Demokratisierung in unserer Gesellschaft. Wir wollen eine Verteidigung des freiheitlichen Rechtsstaates, die nicht auf Kosten des freiheitlichen Rechtsstaates geht. Was wir verteidigen, wollen wir auch erhalten. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird es auch in Zukunft nicht zulassen, daß sich konservative Politiker unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus lästiger Kritik entledigen wollen. Für uns ist die konsequente Fortführung der Reformpolitik das entscheidende und wirksamste Mittel gegen den Terrorismus.

In der hessischen Landespolitik versucht die CDU seit Jahren, die Sozialdemokraten als Gegner unserer freiheitlichen Staatsordnung zu diffamieren. Mit dem Schlagwort „Freiheit statt Sozialismus“ wollen die Konservativen in Anspielung auf die totalitären Systeme des Ostblocks der Bevölkerung einreden, die Sozialdemokraten strebten die Beseitigung der Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft an. Die über hundertjährige Geschichte der SPD und ihre Politik strafen solche Behauptungen Lügen. Sachlich notwendige Konflikte werden aufgebauscht und ideologisiert.

Die Bürger Hessens wollen den notwendigen politischen Wettbewerb der Parteien, aber keine ideologischen Verleumdungskampagnen.

- Die hessischen Sozialdemokraten vergessen nicht, daß in unserem Land die erste freiheitliche Verfassung auf deutschem Boden, die Paulskirchen-Verfassung, entstand. Wir lassen an dieser Tradition nicht rütteln.
- Ludwig Börne, der Frankfurter Aufklärer, und Georg Büchner, der junge Radikale aus Goddelau, haben die freiheitlich-soziale Verantwortung der Literatur in Deutschland begründet. Die hessischen Sozialdemokraten sind die Garanten, daß Wort und Schrift in diesem Sinne gefördert und nicht eingeschüchtert werden.

Mit Ministerpräsident Holger Börner ist das Ziel unserer Arbeit

- die Entspannung unter den demokratischen Parteien in Hessen, damit wir wieder zur sachlichen Diskussion über Probleme kommen können;
- die Erhaltung der Toleranz, Liberalität und Reformfähigkeit unseres Staates, um die Zustimmung zu unserem Staat zu mehren;
- die Verteidigung der freiheitlichen Traditionen unseres Landes, weil Hessen sich nicht selbst verleugnen darf.

Innere Sicherheit und geistige und persönliche Freiheit sind keine Gegensätze. Wo es keine Sicherheit gibt, gibt es auch keine Freiheit. Wo die Freiheit aufgehoben oder im Kern angetastet wird, werden Unsicherheit und Angst an die Stelle der Sicherheit treten.

Unsere Bürger haben Anspruch auf beides: auf Sicherheit und Freiheit. Innere Sicherheit erschöpft sich nicht in der Bekämpfung des Terrorismus. Innere Sicherheit muß sich vielmehr auf alle Lebensbereiche erstrecken. Sie kann nicht erreicht werden durch den Ruf nach härteren Strafen. Die entscheidende Voraussetzung für innere Sicherheit ist vielmehr eine Politik, die auf eine Beseitigung der Ursachen von Kriminalität ausgerichtet ist. Sie beruht auf der Herstellung des inneren Friedens durch Gewährung von Chancengleichheit, Lebenshilfe und sozialer Sicherheit, und sie schützt diesen

Frieden gegen Gefährdungen. Solche Gefährdungen liegen nicht nur in Rechtsbrüchen, die sich gegen die Unversehrtheit und das Eigentum einzelner Bürger richten. Sie erwachsen vielmehr auch aus der Verweigerung der sozialen Sicherung, aus der Bedrohung der Lebensqualität durch Schädigung der Umwelt, aus dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht unter dem Schein des Rechts.

Zur inneren Sicherheit gehört die öffentliche Sicherheit. Es geht darum, die Bürger soweit wie möglich vor Übergriffen und Schädigungen durch Rechtsbrecher zu bewahren. Dieses Ziel hat für Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung seit Jahren hohe Priorität.

Polizei und Justiz sind verstärkt worden. Die Zahl der Polizeibeamten je Einwohner ist in Hessen schon jetzt höher als im Sicherheitsprogramm der Länderinnenminister vorgesehen. Landeskriminalamt und Verfassungsschutz wurden erheblich verstärkt, ebenso wie Rechtspflege und Strafvollzug. Sondereinheiten zur Bekämpfung von Terroristen wurden frühzeitig eingerichtet und haben sich bewährt.

Die Sozialdemokraten haben in Bund und Ländern auf die Herausforderung durch Terroristen rasch und entschlossen reagiert. Hinderliche Verwaltungsvorschriften wurden beseitigt. Gesetzliche Regelungen haben die Einsatzmöglichkeit und Effektivität von Justiz und Polizei erhöht. Bauliche Maßnahmen haben die Sicherheit in den Haftanstalten erhöht.

Diesen richtigen Weg werden wir fortsetzen. Wir wissen, daß es absoluten Schutz nicht geben kann; aber wir werden alle Kraft einsetzen, um den höchstmöglichen Schutz zu verwirklichen:

- Dies erfordert ständige Wachsamkeit des Staates und Anpassung an neue Entwicklungen.
- Die Verfolgung terroristischer Gewalttäter erfordert andere Organisationsformen und Methoden als die Fahndung nach anderen Verbrechen.
- Wir brauchen Nachrichtensysteme, die Informationen ohne Zeitverlust weiterleiten können.

- Wir brauchen Organisations- und Zuständigkeitsregelungen, die nicht an Ländergrenzen haltmachen.
- Wir brauchen modernstes technisches Gerät, um auch auf diesem Gebiet überlegen zu sein.
- Strafverfahren müssen ohne zeitliche Verzögerung durchgeführt werden.
- Die Sicherheitsvorkehrungen in den Haftanstalten müssen ständig an neue technische und organisatorische Erkenntnisse angepaßt werden.

Dabei müssen wir berücksichtigen, daß Straftäter nicht alle in gleichem Maß Kriminelle sind. Wo immer möglich und vertretbar, muß versucht werden, Straffällige nach Verbüßen ihrer Strafe wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Wirkungsvolle Resozialisierung senkt die Zahl der Wiederholungstäter und erhöht damit Sicherheit und Schutz der Bevölkerung. Die Haftanstalten wurden deshalb nach ausgiebigen Untersuchungen in drei Sicherheitsgrade eingeteilt. Durch diese Differenzierung wird sowohl die Sicherheit erhöht als auch die Resozialisierung erleichtert. Besondere Aufmerksamkeit kommt dabei jugendlichen Strafgefangenen zu. Bei ihnen ist die Chance am größten und die Aufgabe am wichtigsten, sie wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Hier ist viel geleistet worden; dies müssen wir fortsetzen.

Alle staatlichen Sicherheitsmaßnahmen bleiben Stückwerk, wenn sie nicht vom Vertrauen und der Entschlossenheit der Bürger getragen werden. Herausforderungen und Bedrohungen des demokratischen Rechtsstaates treffen unmittelbar jeden Bürger.

Wenn es um den Bestand und den Ausbau der Freiheit geht, brauchen Regierung und Parlament die Unterstützung der Bürger. Während jahrhundertlang die Bürger Schritt um Schritt für ihre persönliche und geistige Freiheit kämpfen mußten, müssen wir heute Herausforderungen und Bedrohungen unserer errungenen Freiheit abwehren.

Dies erfordert nicht zuletzt die Möglichkeit freier und umfassender Information. Freiheit und Vielfalt der Presse sind unverzichtbar. Wir bekennen uns zu der

publizistischen Gewaltenteilung zwischen privatrechtlicher Presse und öffentlich-rechtlicher Organisation von Funk und Fernsehen. Sozialdemokraten verteidigen die Presse- und Rundfunkfreiheit, sie werden sich in Übereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Grundsatzbeschlüssen aktiv für eine Sicherung der inneren Pressefreiheit einsetzen.

3. Wirtschaftliche Sicherheit und sozialer Vollbeschäftigung

Trotz schwerer weltwirtschaftlicher Krisen ist es der sozial-liberalen Regierung in Bonn – auch mit Unterstützung der hessischen Landesregierung – gelungen, großen Schaden und viele Nachteile von uns abzuwenden. Es gibt kein Land in Europa, das besser dasteht als die Bundesrepublik. Wohin wir auch schauen: Gerade Länder, die von Christdemokraten und ihren Freunden regiert werden, haben die größten Schwierigkeiten. Ohne die nachbarliche Hilfe unserer sozial-liberalen Regierung würde es in diesen Ländern noch schlimmer aussehen. Wir wollen und werden auch künftig im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen, die durch die Weltwirtschaftskrise aufgeworfenen Probleme in unserem Land zu lösen. Dazu brauchen wir die Stimmen unserer Bürger. Stabile Mehrheiten garantieren eine stabile Politik.

Wenn wir

- durch verstärkte internationale Zusammenarbeit eine erhöhte Nachfrage nach deutschen Exportgütern und damit weitere Arbeitsplätze schaffen,
 - durch internationale währungs-politische Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung unserer Partnerländer beitragen,
 - durch wirtschaftliche Unterstützung Entwicklungsländer fördern,
 - durch ein Solidaritätsprogramm den südeuropäischen Ländern beim wirtschaftlichen Aufbau behilflich sind,
 - die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit osteuropäischen Ländern sichern und ausbauen,
- dann wird unsere wirtschaftliche Entwicklung auch in Zukunft erfolgreich sein.

Noch nie bestand ein so enger Zusammenhang zwischen Frieden sichernder Außenpolitik und Sicherung unserer Arbeitsplätze. Die Ostverträge und die ihnen folgenden intensivierten Wirtschaftsbeziehungen mit osteuropäischen Ländern haben zugleich dazu beigetragen, Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu sichern. Dies hat uns geholfen, die schlimmsten Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise abzufangen. Sozialdemokratische Außenpolitik macht die Arbeitsplätze sicherer.

Die SPD wird auch alles tun, was im Bereich hessischer Regierungsverantwortung getan werden kann, um die Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die hessische Landesregierung hat erfolgreiche Arbeit geleistet. Die Arbeitslosenzahl liegt in Hessen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger vorausschauender Strukturpolitik. Sie setzt eine leistungsfähige Haus-haltswirtschaft als solides und dauerhaftes Fundament voraus, die das Erreichte sichert und politischen Handlungsspielraum gewährleistet. Sozialdemokratische Finanz- und Haushaltspolitik bekennt sich zur gesamtwirtschaftlichen Verantwortung des Staates. Sie bleibt auch künftig den Zielen eines qualitativen wirtschaftlichen Wachstums, eines hohen Beschäftigungsstandes und der Stabilität unserer Währung verpflichtet.

Der Aufbau unseres Landes mit einer modernen Infrastruktur sowie die Beiträge zur Überwindung der Rezession haben in der Vergangenheit außerordentliche finanzielle Anstrengungen notwendig gemacht.

Sie haben damit aber auch die entscheidenden Voraussetzungen für die hohe Finanz- und Steuerkraft unseres Landes, seine krisen-feste Wirtschaftsstruktur und den im Vergleich zu anderen Ländern hohen Beschäftigungsstand geschaffen. Sie haben die in fast allen Bereichen erreichte Spitzenstellung des Landes begründet und finden darin ihre finanz- und wirtschaftspolitische Rechtfertigung.

Dieser Vorsprung sichert dem Land einen ausreichenden Spielraum in der Fortsetzung seiner fortschrittlichen Politik für den Bürger.

Was in Hessen bereits im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie für die innere Sicherheit verwirklicht worden ist, muß in anderen Bundesländern erst geschaffen und finanziert werden. Die Konsolidierung der Landesfinanzen, die nach Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Schritt für Schritt fortgesetzt werden wird, kann deshalb unter günstigeren Bedingungen erfolgen als anderswo.

Der Problemdruck auf dem Arbeitsmarkt wird mittelfristig weiter zunehmen. Zwar geht die Gesamtbevölkerung zurück, doch steigt die Zahl der Arbeitnehmer infolge der geburtenstarken Jahrgänge an. In Hessen brauchen wir bis 1985 zusätzliche Arbeitsplätze für rund 100 000 Menschen. Um dies zu schaffen, helfen weder blindes Vertrauen in die Marktkräfte noch Handlungsmuster der Vergangenheit. Auch Patentrezepte sind nicht angebracht. Notwendig ist eine aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Haushalts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.

Wir werden das Instrumentarium der Arbeitsmarktpolitik gezielt einsetzen, je nach Beschäftigungslage und besonderen Situationen.

Besonders wichtig für die Zukunft sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche, Frauen und ältere Arbeitnehmer, wobei die sozialen Dienste verstärkt miteinbezogen werden müssen. Diese Maßnahmen sollen die bundespolitischen Regelungen ergänzen und unterstützen.

Die SPD hat sich für einen qualitativen Arbeitsmarktwachstum

Der Arbeitsmarkt ist für Männer günstiger als für Frauen: Frauen stellen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Arbeitslosen. Noch größer ist die Anzahl der Frauen, die es aufgegeben haben, einen Arbeitsplatz zu suchen.

Keine Partei hat sich so für die Gleichberechtigung der Frau eingesetzt wie die SPD. Auf landespolitischer Ebene werden wir mit folgenden Maßnahmen versuchen, die Berufschancen der Frauen zu verbessern:

Bei den Arbeitsämtern soll darauf hingewirkt werden, daß

- der getrennte Stellenmarkt zwischen Männern und Frauen überwunden wird;
- das Beratungspersonal auf die besonderen Probleme der Vermittlung, Umschulung und Fortbildung weiblicher Arbeitnehmer ausgerichtet wird;
- durch eine gründliche Beratung von Arbeitgebern und Ausbildungsbetrieben sichergestellt wird, daß die vorhandenen Angebote in angemessenem Umfang auch für arbeitssuchende Frauen offenstehen;
- Frauen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und direkten Zuweisungen von Arbeitslosen entsprechend ihrem örtlichen oder regionalen Anteil an der Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden.

In Strukturförderungsprogrammen sollen besondere Maßnahmen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Frauen aufgenommen werden.

Die Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist abhängig von der Stellung der Frau in der Gesellschaft, ihrer schulischen und beruflichen Bildung und den Pflichten gegenüber der Familie. Die SPD wird weiter daran arbeiten, die Gleichberechtigung der Frau Schritt für Schritt auch dort zu verwirklichen, wo dies bisher nicht der Fall ist.

Wirtschaftliches Wachstum ist gegenwärtig eine notwendige Voraussetzung zur Lösung gesellschaftspolitischer Probleme. Die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung der Vollbeschäftigung setzt auch weiteres Wachstum voraus. Deshalb wollen wir ein ausreichendes und stetiges Wirtschaftswachstum erreichen, ein qualitatives Wachstum, das verstärkt umweltschonende sowie rohstoff- und energiesparende Produktionsverfahren anwendet und die Schaffung menschengerechter Arbeitsplätze ermöglicht.

Wirtschaftliches Wachstum ist gegenwärtig eine notwendige Voraussetzung zur Lösung gesellschaftspolitischer Probleme. Die Wiederherstellung und dauerhafte Sicherung der Vollbeschäftigung setzt auch weiteres Wachstum voraus. Deshalb wollen wir ein ausreichendes und stetiges Wirtschaftswachstum erreichen, ein qualitatives Wachstum, das verstärkt umweltschonende sowie rohstoff- und energiesparende Produktionsverfahren anwendet und die Schaffung menschengerechter Arbeitsplätze ermöglicht.

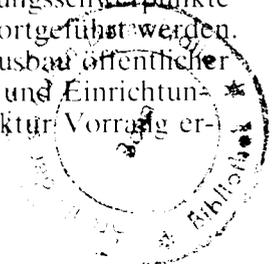
Dazu gehören:

- die Förderung von neuen Umweltschutztechnologien;
- die Förderung von Entwicklung und Anwendung moderner Verfahren zur Wiedergewinnung von Rohstoffen;
- die Förderung von Techniken rationaler Energieverwendung auch auf kleintechnischem Gebiet (Solarenergie, Windenergie, Wärmepumpen, Wärmedämmung), besonders im Bauwesen;
- die Förderung von Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt;
- die Unterstützung des Programms der Bundesregierung „Kommunale Technologien“ auch im Land Hessen.

Städte, Kreise und Gemeinden sind aufgefordert, mit Unterstützung des Bundes und des Landes Maßnahmen auf folgenden Gebieten zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei qualitativem Wachstum zu ergreifen:

- Innenstadt- und Dorferneuerung
- Lärmschutzmaßnahmen in Wohngebieten
- Altbausanierung
- Wohnungsbau
- Verkehrssicherheit
- Luftreinhaltung
- Kläranlagen
- Wiederverwertung von Müll, Glas, Metallen und Papier.

In der regionalen Wirtschaftspolitik muß die Konzentration der Fördermaßnahmen auf geeignete Entwicklungsschwerpunkte hin konsequent fortgeführt werden. Dabei soll der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen der Infrastruktur Vorrang er-



halten. Dies gilt besonders für die Verkehrswege: Die Verdichtungsgebiete sind durch leistungsfähige Verkehrswege miteinander zu verknüpfen. Die Verkehrsbeziehungen zwischen Verdichtungsgebieten und ihren Einzugsbereichen sind zu verbessern.

In Verdichtungsgebieten sind vor allem die Belange des Pendlerverkehrs zu berücksichtigen. Auf den Ausbau und den Betrieb der Massenverkehrsmittel ist besonderer Wert zu legen.

Ländliche Räume, vor allem in Entwicklungsgebieten, müssen gut erschlossen werden. Hierfür sollen, soweit erforderlich, die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Verkehrswege erhöht, das Verkehrsangebot verbessert und neue Verkehrswege geschaffen werden.

3.4 Für leistungsfähige kleine und mittlere Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmen, in denen fast zwei Drittel aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, tragen in ihrer Vielzahl und Vielfalt entscheidend zu einem breitgestreuten, flexiblen Angebot an Gütern, Dienstleistungen und vor allem auch an Arbeitsplätzen bei.

Die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen muß durch die Gewerbeförderung gestärkt werden.

Angesichts der begrenzten Finanzkraft kleiner und mittlerer Unternehmen müssen die Maßnahmen zur Verbesserung der betrieblichen Finanzierungsmöglichkeiten weitergeführt und ausgebaut werden.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen kleine und mittlere Unternehmen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Größen- und machtbedingte Wettbewerbsverzerrungen müssen durch eine entsprechende Ausgestaltung und strikte Anwendung des Kartellrechts vermieden werden.

3.5 Für bessere Lebensverhältnisse auf dem Land

An dem Ziel unserer Landesentwicklungspolitik, in allen Teilen des Landes wertgleiche Lebensverhältnisse zu schaffen, halten wir fest. Der ländliche Raum ist nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu fördern. Genauso wichtig ist seine Bedeutung für die Erholung, die Wasserversorgung und den ökologischen Ausgleich für die Verdichtungsgebiete.

Die hessische SPD kann auf eine lange agrarpolitische Tradition verweisen und auf Erfolge, die weithin Anerkennung finden.

Sie vertritt in Übereinstimmung mit der Bundesregierung die Auffassung, daß die übergeordneten agrarpolitischen Ziele weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden müssen.

Dazu gehören:

- Teilnahme der in der Landwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommensentwicklung und Verbesserung der betrieblichen Wettbewerbsfähigkeit;
- weiterer Ausbau der sozialen Sicherung für die landwirtschaftliche Bevölkerung;
- Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen und gesunden Nahrungsmitteln zu zumutbaren Preisen;
- Erhaltung eines biologisch gesunden Naturhaushalts;
- Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum.

Umweltschutz ist ohne verantwortungsbewußte Land- und Forstwirtschaft nicht möglich.

In der Agrarstrukturpolitik streben wir eine weitere Verbesserung der Produktionsgrundlagen und einen Ausgleich naturbedingter und wirtschaftlicher Standortnachteile der hessischen Landwirtschaft an. Landwirtschaftliche Betriebe mit Zu- und Nebenerwerb sind ein wesentliches Element für eine umfassende Bodennutzung. Die nebenberufliche Landwirtschaft ist ein unersetzbarer Bestandteil unserer Gesellschaft.

Maßnahmen im Bereich von Ausbildung, Fortbildung und Beratung sollen weiter dazu beitragen, den hohen Leistungsstand der hessischen Landwirtschaft beizubehalten.

Hessen ist ein schönes Land. In seinen abwechslungsreichen und reizvollen Landesteilen stärkt die Förderung des Fremdenverkehrs auch die Wirtschaftskraft dieser Gebiete.

4. Mehr Lebensqualität Aufgabe für uns alle

Die Sicherung des Friedens, der Schutz der Bürger vor Terror und Gewalt, eine blühende Wirtschaft, die allen Arbeit gibt und die Versorgung mit Gütern, Waren und Dienstleistungen sicherstellt, sind wichtige Bestandteile und Inhalte unserer Politik. Davon allein hängen aber heute nicht mehr Wohlstand und Wohlergehen unseres Volkes und die Qualität des Lebens jedes einzelnen Bürgers ab.

Vor allem bedeutet ein Mehr an Produktion, Gewinn und Konsum noch nicht automatisch ein Mehr an Zufriedenheit, Glück und Entfaltungsmöglichkeit für den einzelnen.

Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus. Auch Freiheit vor Angst. Sie gibt Sicherheit durch Solidarität, Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zur Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in der Arbeitswelt, im Spiel, im Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und an den Werten der Kultur. Sie hilft uns, gesund zu bleiben oder zu werden.

Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.

Der Wohlstand des Bürgers und die Qualität seines Lebens hängen heute ebenso sehr von Gemeinschaftseinrichtungen ab, wie von privatem Einkommen und privatem Konsum. Immer mehr Bedürfnisse müssen durch öffentliche Dienstleistungen und Investitionen befriedigt werden: Schulen, Krankenhäuser, Sportstätten, reine Luft, sauberes Wasser, öffentliche Verkehrsmittel, soziale Sicherheit.

Nur Wohlhabende können ohne Beeinträchtigung ihres Lebensweniger Gemeinschaftseinrichtungen fordern. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Nicht der Staat hat Bedürfnisse, sondern seine Bürger. Es geht nicht um Staatsbedarf, sondern um Bürgerbedarf.

Indem wir von den geistigen und materiellen Bedürfnissen der Menschen, von den Grundwerten des demokratischen Sozialismus Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität ausgehen, verwirklichen wir den demokratischen und sozialen Rechtsstaat.

Wir arbeiten an der Verbesserung der Lebensbedingungen für jeden einzelnen konsequent weiter. Sozialdemokraten haben mit Hilfe der Gewerkschaft

- die Arbeitszeiten verkürzt und die Freizeit der Arbeitnehmer erhöht;
- ein umfangreiches Netz sozialer Sicherheit geknüpft, das unser Leben freier macht;
- die Lebensbedingungen vieler Menschen gerechter gemacht;
- den freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat und mehr Demokratie verwirklicht;
- die Rechte der Arbeitnehmer in Betrieb und Verwaltung gestärkt und gesetzlich abgesichert.

Sozialdemokraten haben dies erreicht, lange bevor andere diese Fragen überhaupt zu diskutieren bereit waren.

Jetzt kommt es darauf an, notwendige technische Modernisierungen und Rationalisierungsmaßnahmen nicht auf Kosten der Arbeitnehmer durchzuführen, wie zum Beispiel durch Lohndruck, Abbau von sozialen Leistungen und rechtswidrige Aussperrungen. Insgesamt muß eine qualifizierte Arbeitsplatzstruktur erhalten werden.

4.1 Bessere Perspektiven für die Jugend

Wir Sozialdemokraten halten an unseren Bemühungen, aktive Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche auszubauen, unverändert fest. Wir lassen uns darin auch nicht durch Zucht- und Ordnungsforderungen konservativer Besserwisser beirren. Wenn einige extremistische Gruppen die Mitwirkungs-möglichkeiten als Instrument für ihre Zwecke mißbrauchen, die mit den Interessen der Jugend nichts zu tun haben, müssen wir diesen Mißbrauch deutlich machen, statt der Jugend insgesamt die Mitwirkungsmöglichkeit zu nehmen. Wir wollen mit der Jugend das Gespräch und nicht ihre Gängelung. Die Jugend braucht einen Vertrauens- und keinen Mißtrauensvorschuß. Wir wollen eine selbständige und nicht eine bevormundete Jugend.

Wir fördern die allgemeine Jugendarbeit und unterstützen die Jugendarbeit der Jugendverbände und der freien Wohlfahrtsverbände, der Sportvereine und Kirchen. Jugendzentren und die unverzichtbare Jugendarbeit der freien Träger werden weiter gefördert. Die Jugendlichen sind aber aufgefordert, in der Gewerkschaftsjugend, den Jugendorganisationen und den Parteien aktiv mitzuarbeiten, um die Demokratie unmittelbar mitgestalten zu können. Die SPD lädt alle jungen Menschen zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir arbeiten weiter an der Chancengleichheit aller jungen Menschen. Allgemeine Bildung und berufliche Bildung müssen gleichwertig werden. Der besondere Schwerpunkt liegt deshalb bei der beruflichen Bildung. Allein in Hessen müssen bis 1983/84 wegen der geburtenstarken Jahrgänge jährlich 10 000 zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden. Für arbeitslose Jugendliche sind Förderprogramme zu entwickeln.

Keine Gesellschaft kann es sich leisten, einem Teil der jungen Generation jede vernünftige Perspektive auf persönliche und berufliche Entfaltung zu verweigern.

Die Jugend will keine Vorrechte, sondern ihren anerkannten Platz in der Gesellschaft. Sie will auch Glaubwürdigkeit erleben. Bloße Einordnung findet bei Jugendlichen heute immer weniger statt. Sie will auch Solidarität praktizieren, obwohl es ihr schwergemacht wird.

Sozialdemokraten bekennen sich zu den Forderungen der jungen Menschen auf Integration und Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft.

4.2 Chancengleichheit durch Bildungsreform

Die Bildungspolitik bleibt auch in der nächsten Legislaturperiode eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik.

Ziel unserer Bildungspolitik ist ein Bildungswesen, das den jungen Menschen die Chance gibt, ihre Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten zu entfalten, damit sie ihr persönliches, berufliches und soziales Leben selbstverantwortlich gestalten können.

Wir Sozialdemokraten sehen die Bildung als Grundrecht jedes Menschen an. Unser Ziel ist ein Bildungswesen, in dem es kein „Zuspät“ gibt. Diese Zielsetzung bleibt auch und gerade unter den heutigen schwierigen Ausgangsbedingungen für die junge Generation richtig. Davon dürfen auch die Kinder ausländischer Arbeitnehmer nicht ausgeschlossen werden.

Wir dürfen die junge Generation mit den Problemen in der Schule, in der Ausbildung und im Berufsleben nicht allein lassen.

Immerhin, alle objektiven Daten deuten auf eine spürbar verbesserte Situation hin, die Hessen im Bildungsbereich über dem Bundesdurchschnitt zeigt:

- Kein Flächenstaat hat bezogen auf die Schülerzahl mehr Lehrer.
- In Hessen ist der Anteil der Schüler ohne jeden Schulabschluß am geringsten.

- In Hessen erreichen mehr Schüler einen mittleren und höheren Bildungsabschluß als in anderen Bundesländern.

- Hessen bietet mehr Studienplätze an als alle anderen Flächenstaaten außer Nordrhein-Westfalen.

Jede dritte Mark, die das Land ausgibt, geht in den Bildungsbereich. Dies zu erhalten, ist eine große Leistung – es stetig zu verbessern, eine bleibende Aufgabe.

Dabei hatten wir nach dem Krieg besonders schwierige Ausgangsbedingungen: Die bildungspolitischen Anstrengungen, die unsere politischen Partner und Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt in den dreißiger Jahren, aber verstärkt nach dem Kriege unternommen haben, sind bei uns in den sechziger Jahren und frühen siebziger Jahren in einem imponierenden Zwischenspur nachgeholt worden.

Wir mußten nacharbeiten, was vor uns USA, Japan, Schweden, Frankreich, Italien und die Beneluxländer vollzogen haben. Es sind beeindruckende Investitionen im Bildungswesen erfolgt. Es wurden mehr Schulen und Universitäten gebaut und mehr Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler eingestellt, als in jedem vergleichbaren Zeitraum zuvor. In wenigen Jahren konnte dadurch nachgeholt werden, was bis 1945 versäumt worden war.

Das Ergebnis ist eine tiefgreifende Veränderung, die folgenreicher ist als manche Entwicklung in der Wirtschaft: Wir haben mehr Schüler besser gefördert, Chancengleichheiten abgebaut, die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht und mehr Schüler zu höherqualifizierenden Abschlüssen geführt. So stieg von 1962 bis 1977 die Zahl der Studienberechtigten eines Jahrgangs von 6 Prozent auf 22 Prozent. Und ein Drittel davon kommt nicht mehr über das Abitur, sondern über vergleichbare Bildungsgänge zur Hochschulreife.

Bildungspolitiker aller Parteien haben das sprunghafte Wachstum gewollt und dafür geworben. Der Abschlußbericht der Bund/Länder-Kommission trägt die Unterschrift aller Kultusminister; dem haben auch alle Ministerpräsidenten zugestimmt.

Wie in anderen Staaten hat die Zunahme der Zahl der Abiturienten und Akademiker von 5 Prozent auf 20 Prozent auch Auswirkungen auf das Einkommen. Die Spanne zwischen dem Verdienst eines Akademikers und eines Facharbeiters kann nicht mehr so groß sein wie früher.

Der rasche Übergang von geburtenstarken zu unmittelbar folgenden extrem geburtenschwachen Jahrgängen seit Mitte der sechziger Jahre trifft die deutsche Bildungsreform besonders hart. Aber die Zukunftsangst der geburtenstarken Jahrgänge ist für die hessischen Sozialdemokraten eine Herausforderung, der sie sich stellen. Sie sehen es als ein Gebot der Solidarität der Generationen an, für die Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu sichern, die um das Jahr 2000 unsere Wirtschaftskraft repräsentieren und unsere Sozialleistungen erbringen müssen.

Um auch für die geburtenstarken Jahrgänge das Recht auf freie Wahl des Ausbildungsplatzes zu verwirklichen, wird sich die SPD wie bisher dafür einsetzen, daß die Zahl der Ausbildungsplätze im privaten und öffentlichen Bereich erhöht wird, daß auf allen Ebenen des Bildungssystems die Ausbildungskapazitäten erweitert werden. Das bedeutet:

- Ausbau der beruflichen Vollzeitschule,
- Ausbau der überbetrieblichen Werkstätten,
- Abbau des Numerus clausus an den Hochschulen.

Damit in Hessen kein jugendlicher nach neun Schuljahren ohne weitere Ausbildungschance bleibt, wird mit Beginn des Schuljahres 1978/79 ein zehntes Bildungspflichtjahr an einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule für alle Jugendlichen eingeführt, die nach Abschluß der bisherigen Pflichtschulzeit keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die

SPD sieht in dieser Maßnahme einen wichtigen Schritt zur generellen Einführung eines zehnten allgemeinbildenden Pflichtschuljahres.

Die SPD setzt sich für den weiteren Ausbau der beruflichen Schulen ein. Mit der Verwirklichung des zwölfstündigen Berufsschulunterrichts und der Neuordnung der Berufsschulen nach Grund- und Fachstufen haben wir entscheidende Voraussetzungen für eine qualifizierte Berufsausbildung geschaffen. Sobald die personellen und räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, wird eine Regelung getroffen, daß nicht mehr als 6 Stunden Unterricht pro Tag erteilt werden.

Der weitere Ausbau der beruflichen Bildungsgänge gehört auch in den nächsten vier Jahren zu den vorrangigen Aufgaben sozialdemokratischer Bildungspolitik. Unsere gesellschaftspolitisch wichtige Forderung, das Berufsgrundschuljahr landes- und bundesweit einzuführen, entspricht der Erkenntnis, daß auch Industrie und Wirtschaft in einer qualifizierteren Ausbildung eine dem betrieblichen Bereich unmittelbar zugute kommende Entwicklung sehen. Die Anrechnung auf die Ausbildungszeit muß rechtlich abgesichert werden.

Die stärkere Zusammenführung beruflicher und allgemeiner Ausbildungsgänge muß kontinuierlich weiterbetrieben werden. Die SPD setzt sich für weitere Verbesserungen der Unterrichtsbedingungen an den Schulen ein. Dazu gehören: kleinere Klassen, weniger Unterrichtsausfälle, Ausbau der Förderungsmaßnahmen in der Hauptschule sowie eine bessere Ausstattung der Einrichtungen für behinderte Kinder an Sonderschulen.

Die SPD steht zur Konzeption eines nach Altersstufen gegliederten Schulsystems.

Das System von

- vorschulischer Erziehung,
- Grundschule,
- Förderstufe und Gesamtschule.

• breitgefächertem Unterrichtsangebot in einer nach dem Kursystem organisierten gymnasialen Oberstufe oder in beruflichen Schulen ist eine Konzeption „aus einem Guß“.

Der stetige Ausbau der vorschulischen Erziehung, Grundschule, Förderstufe und Gesamtschule fördert Begabungen in bisher nicht gekanntem Umfang. Dieser Weg wird konsequent weiterverfolgt.

Wenn es die Gesamtschule nicht gäbe, müßte sie jetzt schon deshalb „erfunden“ werden, weil nur auf diese Weise bei den rückläufigen Schülerzahlen ein vollständiges Angebot weiterführender Bildungswege außerhalb der Großstädte garantiert werden kann. Für die Realisierung der Chancengleichheit bleibt die Ganztagschule Ziel unserer Bildungsanstrengungen.

Wer sich – wie die CDU – blind auf althergebrachte Organisationsformen, statt auf inhaltliche Ziele der Bildungspolitik konzentriert, hat keine langfristig tragfähige Konzeption und gibt jeden geistigen Führungsanspruch von vornherein auf.

Die integrierte Gesamtschule fördert die Begabungen der Schüler besser, verhindert eine zu frühe Festlegung auf starre Bildungsgänge und eine Trennung der Schüler nach sozialer Herkunft. Deswegen fordern die Pädagogen im In- und Ausland und der Deutsche Bildungsrat seit langem die Abschaffung der Barrieren zwischen der Hauptschule, der Realschule und dem Gymnasium und die Einführung der integrierten Gesamtschule. Deshalb werden die Sozialdemokraten weiterhin konsequent die Voraussetzungen schaffen, um die integrierte Gesamtschule als Regelschule einzuführen.

Wir haben die Diskussion um die Lehrpläne und Bildungsinhalte versachlicht und ihre Ergebnisse als erstes Bundesland auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Damit werden alle Voraussetzungen für eine umfassende Lehrplangestaltung an allen hessischen Schulen geschaffen.

Mit besonderer Sorge sieht die SPD die Situation an den Hochschulen. Zwar hat Hessen im Unterschied zu anderen Bundesländern seine Ziele im Hochschulbau nahezu erreicht, doch droht der Numerus clausus nicht nur die Hochschulausbildung, sondern auch die gesamte Bildungsreform in ihr Gegenteil zu verkehren. Statt zum solidarischen Menschen zu erziehen, wird egoistisches Strebertum belohnt. Der Leistungsdruck des Notendurchschnitts lastet auf der Kindheit und dem Elternhaus einer ganzen Generation. Sorgen um einen Studienplatz bedrücken die Kinder schon in früher Jugend. In dieser Situation bringt die Notengebung die Lehrer in eine Position, die sie innerlich belasten muß. Deshalb muß der Numerus clausus soweit wie möglich aus dem Bildungsalltag verschwinden. Dazu dient das Programm zur „Öffnung der Hochschulen“, das wir bejahen und verwirklichen. Die SPD weiß, daß diese Politik in Teilbereichen für alle, die in den Hochschulen arbeiten, erhöhte Belastungen mit sich bringen wird. Solche Belastungen, die durch Sonderprogramme gemildert werden können, sind aber nur für einen befristeten Zeitraum zumutbar; sie auf sich zu nehmen ist ein Gebot der Solidarität.

Wir wissen, daß die Situation an den Hochschulen vor allem auf Grund der ungewissen Zukunftsperspektiven der Studierenden und zunehmender Belastungen infolge steigender Studentenzahlen schwierig ist. Wir appellieren jedoch an die Vernunft und an die Einsicht von Studierenden und Lehrenden, die Gesamtzusammenhänge zu sehen. Wir tun alles in unseren Kräften Stehende, um die Arbeitsfähigkeit der Hochschule zu sichern. Wir sind nicht gewillt, Provokationen von destruktiven Gruppen hinzunehmen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß neben Schule und Hochschule auch der Bereich der Weiterbildung ausgebaut wird. Im Sinne der Möglichkeit eines „lebenslangen Lernens“ soll die Erwachsenenbildung der Erweiterung des Lebensraumes in Familie und Freizeit, der Befähigung zur Wahrnehmung eigener Interessen und in

verstärktem Maße der beruflichen Weiterbildung und damit der beruflichen Sicherung und dem beruflichen Fortkommen dienen. Ebenso ist die Mitarbeit und die Übernahme von Verantwortung im öffentlichen Bereich zu fördern. Vorhandene öffentliche Einrichtungen, wie beispielsweise berufliche Schulen, sind hierfür stärker als bisher zu nutzen.

Kulturpolitik soll sich nicht lediglich in der Aufgabe erschöpfen, daß Kultur selbstverständlicher Teil der sozialen Wirklichkeit jedes einzelnen Bürgers wird.

Unsere Kulturpolitik ist darauf gerichtet, die Voraussetzungen für ein vielfältiges und sich gegenseitig ergänzendes Angebot zu schaffen und vor allem denen den Zugang zu Kunst und Kultur zu öffnen, die dazu selbst bisher nicht in der Lage waren.

Wir Sozialdemokraten werden auch weiterhin bemüht sein, das Angebot an Kultur, Kunst und Freizeit eng mit dem Angebot an Bildung zu verknüpfen.

Die Anstrengungen auf dem Gebiet der Kultur- und Denkmalpflege, der musischen Bildung und des Denkmalschutzes werden wir kontinuierlich fortführen.

4.3 Für eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft

Unser Ziel, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen, ist noch lange nicht erreicht. Geborgenheit in einer Familie ist kaum zu ersetzen. Gerade für Familien mit Kindern ist Chancengleichheit noch nicht voll verwirklicht.

Wir Sozialdemokraten haben vieles in die Wege geleitet:

- vernünftige Wohnungen gebaut,
- Spielplätze und Freizeiteinrichtungen geschaffen,
- die Familienerholung entwickelt.

Im Interesse unseres Landes darf es nicht so weit kommen, daß Familien mit Kindern zu einer Randgruppe der Gesellschaft werden, die von einem sozialen Abstieg bedroht ist. Sozialdemokratische Landespolitik orientiert sich in Abstimmung mit bundespolitischen Aufgaben an Folgendem:

- der Familienlastenausgleich für einkommensschwache Mehrkinderfamilien und Alleinstehende mit Kindern muß weiterentwickelt werden;
- Familiengründungen dürfen nicht an finanziell untragbaren Belastungen scheitern;
- Chancengleichheit muß gerade für alle Kinder in einer Mehrkinderfamilie entwickelt und darf nicht aus materiellen Gründen verhindert werden;
- besonders Alleinstehende, die für Kinder zu sorgen haben, müssen von der sie überfordernden Doppelbelastung in Beruf und Hausarbeit durch Kinderhorte, Kindertagesstätten und andere Familien-einrichtungen entlastet werden;
- Änderungen der gesetzlichen Altersversorgung müssen sicherstellen, daß ein durch die Erziehung der Kinder vorübergehendes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht zu einer Minderung von Rentenansprüchen führt.

Um für die in Hessen lebenden ausländischen Familien befriedigende Lebensbedingungen zu schaffen, müssen in verstärktem Maße die menschlichen und sozialen Probleme dieser Mitbürger in der politischen Tagesarbeit berücksichtigt werden. Anstelle von Tolerieren und Isolieren muß künftig Integrieren stehen. Neben Verbesserungen im sozialen Umfeld der Ausländer sind deshalb vorrangig umfassende Konzepte zur Eingliederung der zweiten und dritten Generation, die bereits im Kindergarten ansetzen, zu entwickeln und zu verwirklichen.

Kinderfreundlichkeit in der Gesellschaft kann nicht durch Verwaltung verwirklicht werden. Erst die Zusammenarbeit von Eltern, Schule, Trägern von Sozial- und Erziehungseinrichtungen, Freizeit- und Sportorganisationen schafft hierfür die notwendige Voraussetzung. Dies ist und bleibt entscheidende Aufgabe unserer Familienpolitik.

Seit Jahren gehört die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus zu den Maßnahmen der Daseinsvorsorge, die in unserer Politik nach wie vor einen besonderen Rang einnimmt.

Seit Kriegsende konnten in Hessen mehr als 650 000 Wohnungen gefördert werden. Dennoch besteht nach wie vor ein Mangel an geeigneten Wohnungen, insbesondere für benachteiligte Gruppen.

Die objektbezogene Förderung wurde und wird zunehmend auf eine Förderung umgestellt, die die individuelle Leistungsfähigkeit der Mieter stärker berücksichtigt. Damit wird auch kinderreichen Familien, Behinderten und alten Menschen mehr als bisher eine angemessene Wohnung zu tragbaren Mieten garantiert.

Um den Bestand und den Wohnwert von geeigneten Wohnungen weiter zu erhöhen, wird auch in Zukunft die Modernisierung von Altbauten Förderungsschwerpunkt bleiben.

Das soziale Mietrecht wurde weiter verbessert. Der Schutz des Mieters vor willkürlichen Kündigungen und ungerechtfertigten Mieterhöhungen wurde Dauerrecht.

Für uns ist Wohnung nicht irgendeine Ware, sondern eine Grundvoraussetzung für menschenwürdiges Dasein.

Die SPD setzt sich für einen fairen Wohnungsmarkt ein.

Sozialdemokratische Politik für die Familie schließt auch die Sorge für die älteren Mitbürger ein. Hier wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, das Angebot der ambulanten Hilfs- und Pflegedienste für die älteren Menschen konsequent auszubauen, damit möglichst viele Bürger ihren Lebensabend in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können und ihnen der oft nicht erwünschte Umzug in ein Altenheim erspart bleibt. Die SPD wird daher weiter den Bau von Wohnungen fördern, die älteren Bürgern den unmittelbaren Kontakt zu anderen Altersgruppen ermöglichen.

Unsere älteren Mitbürger haben durch ihre Arbeit die Grundlagen für den Wohlstand von heute und morgen geschaffen. Wir werden ihren erworbenen Anspruch auf Alterssicherung und ihren Anteil am Einkommenszuwachs garantieren. Wir werden dafür sorgen, daß sie nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt

werden, weil wir Sozialdemokraten die Menschen nicht danach messen, ob sie im Arbeitsprozeß stehen oder nicht. Das Alter ohne Not bleibt Ziel sozialdemokratischer Politik.

Die SPD setzt sich für einen fairen Wohnungsmarkt ein.

Sozialdemokraten kümmern sich seit über hundert Jahren mit Vorrang um die Belange der Schwachen. Dazu verpflichtet uns unser Grundsatz der Solidarität. Deshalb ist noch nie in unserer Gesellschaft so viel für die Behinderten getan worden wie seit 1970 unter der sozial-liberalen Koalition in Bonn. Die Aufzählung der Gesetze und Maßnahmen ist eindrucksvoll. Darauf sind wir stolz. Wir können uns aber damit nicht zufriedengeben. Wir werden das Netz unserer Einrichtungen und Hilfen für Behinderte weiter ausbauen. Besonders wichtig für die Lebenschancen unserer behinderten Mitbürger ist eine Politik der Vollbeschäftigung, damit unsere Ausbildungs- und Rehabilitationsbemühungen nicht an den Widrigkeiten des Arbeitsmarktes scheitern. In diesem Zusammenhang sind gerade die öffentlichen Stellen aufgefordert, Behinderte zu beschäftigen.

Die SPD führt und fördert die Entwicklung von Arbeitsplätzen für Behinderte.

Gesund zu sein ist für den Menschen die persönliche Voraussetzung für Lebensqualität. Schwerpunkt und Ansatzpunkt sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist deshalb die Vorsorge. Dieser Grundsatz verlangt, daß nicht nur der medizinische Bereich im engeren Sinne, sondern alle Daseinsbereiche auf Gesundheit und Leben Rücksicht nehmen müssen. Das Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens, ein humaner Städtebau, Kampf den Unfällen in Arbeit und Verkehr, Schutz vor Umweltbelastungen und soziale Sicherheit für alle sind wesentliche Voraussetzungen für die Erhaltung der Gesundheit. Sie dämpfen die Kosten langfristig und wirksam.

Das entbindet uns nicht von der Aufgabe, auch weiterhin den Kampf gegen den Kostenanstieg mit Nachdruck zu führen und uns für mehr Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit einzusetzen. Als Anwalt der Arbeitnehmer werden die hessischen Sozialdemokraten sorgfältig darauf achten, daß die Belastungen durch die Krankenkassenbeiträge in zumutbaren Grenzen gehalten werden und unser Gesundheitssystem auch künftig bezahlbar bleibt.

Die Länder sind zuständig für das Krankenhauswesen. Hessen hat seine Verantwortung vorbildlich genutzt: Die SPD war und ist bemüht, allen Bürgern, ohne Rücksicht auf deren soziale Herkunft und wirtschaftliche Lage, die bestmögliche medizinische Behandlung und pflegerische Betreuung in einem hessischen Krankenhaus zu ermöglichen.

Es ist uns gelungen, für ein zahlenmäßig ausreichendes Angebot an Krankenhausbetten in allen Landesteilen zu sorgen. Die Höhe des Einkommens entscheidet nicht mehr über die Zuweisung eines Krankenhausbettes. Die SPD tritt dafür ein:

- künftig die Sanierung der älteren Krankenhausbauten in den Mittelpunkt der finanziellen Förderung zu rücken, um die Leistungsfähigkeit dieser Krankenhäuser im Interesse der Patienten weiter zu verbessern;
- zusätzliche Maßnahmen zur Kostendämpfung im Krankenhaus durch stärkere Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse, moderner Technologien und Organisationsmethoden zu erreichen;
- beschleunigt Abteilungen oder Häuser für die nachsorgende Behandlung bereitzustellen;
- die mobile Krankenpflege und die ambulanten Dienste weiter auszubauen.

4.7 Freizeit und Sport

Der Sport fördert und erhält die Gesundheit und Leistungsfähigkeit, trägt zur Erziehung und Bildung des Menschen bei, vermittelt in Schulen, Vereinen und anderen Gemeinschaften soziale Grunderfahrungen und ermöglicht eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Deshalb muß den Sportvereinen und ihren Verbänden die Hilfe des Staates zuteil werden. Das Land Hessen hat sich stets um die Förderung der Vereine bemüht. Im Mittelpunkt steht die Bereitstellung von Landesmitteln für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen, um den Vereinsmitgliedern, aber auch den nichtvereinsgebundenen Bürgern und den Schulen Betätigung- und Entfaltungsmöglichkeiten im Sport zu bieten.

Die Förderung des Sports bleibt für die SPD in Hessen weiterhin eine wichtige politische Aufgabe. Dabei darf die Politik nicht zum Vormund des Sports werden.

4.8 Für einen schonenden Umgang mit der Natur

In den letzten Jahren hat eine wachsende Zahl von Menschen ein Gespür dafür entwickelt, daß die seitherige Art des Umgangs mit der Natur und den Rohstoffen verantwortungslos ist und daß die Solidarität mit den armen Völkern und künftigen Generationen gebietet, die Naturgüter als die elementaren Lebensvoraussetzungen zu schonen und für eine nachhaltige Nutzung zu pflegen.

Diese Erkenntnis konsequent zu Ende gedacht und verwirklicht, bewahrt unsere Gesellschaft vor unabsehbaren schädlichen Folgen.

Wir Sozialdemokraten erkennen die begrenzte Belastbarkeit unserer Umwelt. Wir möchten das gesellschaftspolitisch unverzichtbare Wachstum als qualitatives Wachstum verwirklichen, ein Wirtschaftswachstum, das den schonenden Umgang mit den Naturgütern verbindet, mit der Erhaltung der Arbeitsplätze und des Lebensstandards. Umweltschutz gilt deshalb als entscheidende Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

Für die SPD in Hessen sind Abwässerreinigung und Gewässerschutz seit Jahren Investitionsschwerpunkte. Die Zunahme der Verschmutzung unserer hessischen Flüsse konnte gestoppt werden. In den 80er Jahren werden Rhein und Main wieder sauber sein.

Die Versorgung der Ballungsgebiete mit jederzeit ausreichenden Mengen Trinkwasser ist eine gleichgewichtige Aufgabe unserer Umweltpolitik. Um die Gefahren für das ökologische Gleichgewicht bei steigenden Grundwasserentnahmen zu verringern, muß in Zukunft verstärkt die Nutzung von Oberflächenwasser vorangetrieben werden. Und selbstverständlich sollen und dürfen darüber die vielen anderen bedeutsamen Aufgaben des Umweltschutzes nicht vernachlässigt werden, zum Beispiel

- Schutz der freien Landschaft und Verbesserung des Naturschutzes;
- Pflege und Schutz des Waldes;
- schrittweiser Übergang von der reinen Abfallbeseitigungs- zur systematischen Abfallwirtschaft mit weitgehender Wiederverwertung von Abfallrohstoffen im Wirtschaftskreislauf;
- verstärkte Reinhaltung der Luft, Verdichtung des Überwachungsnetzes;
- energische Bekämpfung des gesundheitsgefährdenden Lärms von Verkehr und Industrie.

Wir wissen, daß viele Bürger sich Sorgen machen über die Gefahren, die bei der Gewinnung von Energie durch Kernspaltung auftreten können. Deshalb werden wir der Erschließung und Nutzung alternativer Energiequellen den Vorrang geben. Soweit Kernenergie dennoch zur Sicherung der Energieversorgung unumgänglich ist, ist die Sicherung der Bevölkerung unserer oberster Grundsatz. Deshalb dürfen wir in Sicherheitsfragen keinen Rabatt geben. Dabei berücksichtigen wir alle verantwortungsbewußten Vorstellungen und Überlegungen, die durch demokratische Initiativen Bürgerinteressen öffentlich artikulieren. Sozialdemokraten wünschen und fördern die aktive Mitarbeit der Bevölkerung besonders dann, wenn es sich um komplizierte Probleme handelt, die durch ein ständiges Gespräch zwischen politisch Verantwortlichen und Vertretern von Bürgerinitiativen versachlicht werden können.

5. Mit Holger Börner bleibt Hessen sozial und frei

Mit Holger Börner an der Spitze bitten wir um das erneute Vertrauen der Menschen unseres Landes. Holger Börner hat sich in einer schwierigen Situation unserem Land und seiner Partei für das Amt des Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt. Er steht dafür, daß Bewährtes erhalten bleibt und Notwendiges solide, entschlossen, zielbewußt und auch selbstkritisch angepackt wird. Holger Börner verkörpert die sozialdemokratischen Traditionen, die dem Land Hessen über Jahrzehnte hinweg zugute kamen:

Die Lebenserfahrung des Arbeitnehmers; handfeste, stetige und sachbezogene Arbeit; Ausgewogenheit und Ausgeglichenheit, sozialer Einsatz und Beharrlichkeit, Praxisnähe und Aufgeschlossenheit gegenüber den Problemen, die die Menschen wirklich bewegen. Zu dieser Arbeitsauffassung passen kein tönendes und aggressives Wortgemenge, keine Vorurteile und Dogmen, gleich welcher Art, kein Hochmut und keine Intoleranz, keine Selbstgerechtigkeit.

Mit Holger Börner bitten wir um das Vertrauen der Wähler.

Hessen bleibt sozial und frei.

